

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (0228) 21 80 38/39
Telefax: 8 88 846 ppbn d
Telefax: 21 06 84

Inhalt

Heinz Westphal MdB zur Frage, wann Frau Süsmuth der Parlamentsmehrheit zum Durchbruch verhelfen wird: Den Kanzler vom gefährlich-falschen Weg zurückholen.

Seite 1

Helmuth Becker MdB zum Koalitionsstreit über die Polen-Politik: Für die FDP kommt die Stunde der Wahrheit.

Seite 2

Reinhold Hiller MdB zu einem dringenden medienpolitischen Erfordernis im deutschen Einheitsprozeß: DDR-TV in der Bundesrepublik flächendeckend anbieten.

Seite 3

Hans Kolo MdL zur Weigerung der CSU und der bayerischen Staatsregierung, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu ergreifen: Sind wir noch zu retten?

Seite 4

Dokumentation

Der Aktionskreis Nord/Süd des SPD-Landesverbandes Berlin hat eine Resolution zu Nicaragua verabschiedet, die wir im Wortlaut veröffentlichen: In der Solidarität nicht nachlassen.

Seite 6

45. Jahrgang / 45

6. März 1990

Den Kanzler vom gefährlich-falschen Weg zurückholen

Zur Frage, wann Frau Süsmuth der Parlamentsmehrheit zum Durchbruch verhelfen wird

Von Heinz Westphal MdB
Vizepräsident des Deutschen Bundestages

Wir haben eine kluge und mutige Parlamentspräsidentin. Aufgrund eigener politischer Erkenntnis äußert Frau Süsmuth zu wichtigen Fragen, die unser Volk als ganzes angehen, ihre Meinung. In der aktuellsten Deutschland-politischen Frage, bei der der Bundeskanzler munter dabei ist, weltweit Porzellan zu zerschlagen und damit uns allen den Weg zur deutschen Einheit europäisch und international zu verbauen, erneuerte Frau Süsmuth ihren Vorschlag, daß der Bundestag und die im März zu wählende Volkskammer noch vor der Vereinigung Deutschlands den Fortbestand der polnischen Westgrenze garantieren sollen. Vorbedingungen oder gar die Forderung nach Gegenleistung kamen ihr vernünftiger Weise nicht in den Sinn.

Damit befindet sich die Präsidentin in voller oder zumindest weitgehender Übereinstimmung mit der FDP-Fraktion, mit der SPD-Fraktion, sicher auch mit vielen „Grünen“ und im Grunde mit allen Reform-Gruppen und Parteien der DDR (bei dem CSU-Ableger DSU weiß man es nicht so genau), also mit der überwiegenden Mehrheit in unserem und dem künftigen DDR-Parlament. Eigentlich kann man sich nicht vorstellen, daß Frau Süsmuth in der CDU/CSU-Fraktion mit ihren vernünftigen Ansichten völlig allein steht. Wann - so frage ich - wird Frau Süsmuth (zusammen mit anderen) in ihrer Fraktion der Parlaments-Mehrheit zum Durchbruch verhelfen, um den Kanzler vom gefährlich-falschen Weg zurückzuholen?

(-/6.3.1990/rs/ks)

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mit zuzügl. MwSt und Versand.

Printed in Germany
mit vermehrten Rohstoffen
Recycling-Papier



Für die FDP kommt die Stunde der Wahrheit

Zum Koalitionsstreit über die Polen-Politik

Von Helmuth Becker MdB

Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD-Bundestagsfraktion
Vorsitzender des Gesprächskreises Polen der SPD-Fraktion

Durch seine Äußerungen am Wochenende in bezug auf die polnische Westgrenze hat der Bundeskanzler sehr viel von dem Vertrauen verspielt, das er bei seinem Besuch im November letzten Jahres in Polen gewonnen hatte. Er spielt mit den Gefühlen von 37 Millionen Menschen in Polen. Diese fragen sich nun erneut, ob sie denn wirklich in gesicherten Grenzen leben. Was bedeutet es, wenn Polen die zusätzlichen Forderungen des Bundeskanzlers ablehnt? Dann ist also die polnische Westgrenze nicht anerkannt? Jeder Kenner weiß, daß es für Polen kein sensibleres Thema gibt als die Frage der Grenzen. Und jeder weiß, daß keine Polen und kein Pole mit einer anderen Frage mehr beschäftigt ist, als mit der Grenzfrage.

Der Bundeskanzler hat mit seinen Einlassungen aber auch erneut Irritationen in Ost und West ausgelöst und verstärktes Mißtrauen in die Berechenbarkeit der Bonner Politik gesät. In der Bundesrepublik stärkt er jene unbelehrbaren Deutschnationalen, die noch immer in den Grenzen von 1937 träumen. Für die Sozialdemokraten steht die Endgültigkeit der Oder-Neiße-Linie als polnische Westgrenze fest. Das polnische Volk soll sicher und frei von Angst in seinen heutigen Grenzen leben. Im übrigen ist durch die erneute Diskussion um die polnische Westgrenze der Einigungsprozeß der Deutschen durch neue Vorbehalte belastet.

Die Freien Demokraten, die um ihr Profil bangen, spielen sich nun als Retter und Bewahrer der deutsch-polnischen Aussöhnung, insbesondere in bezug auf die Grenzfrage, auf. Aber sie müssen Farbe bekennen, denn wir Sozialdemokraten stellen am Donnerstag den folgenden Antrag im Deutschen Bundestag:

- Der Deutsche Bundestag macht sich den Vorschlag seiner Präsidentin zur Garantie der polnischen Westgrenze zu eigen.
- Er regt an, daß unmittelbar nach freien Wahlen in der DDR nicht nur die Regierungen der beiden deutschen Staaten, sondern auch beide deutsche Parlamente folgende gemeinsame Erklärung zur polnischen Westgrenze abgeben:
- „Das polnische Volk soll wissen, daß sein Recht, in sicheren Grenzen zu leben, von uns Deutschen weder jetzt noch in Zukunft durch Gebietsansprüche in Frage gestellt wird.“
- Diese gemeinsame Erklärung entspricht den Prinzipien der KSZE. Sie ist ohne Vorbehalte oder Bedingungen abzugeben. Die Erklärung dient dem Frieden in Europa und fördert das Zusammenwachsen der Deutschen. Wer die Frage der polnischen Westgrenze offenläßt, schließt das Tor zur deutschen Einheit.

Für die Freien Demokraten kommt damit die Stunde der Wahrheit, und die Union wird beweisen müssen, wie ernst es ihr mit der deutsch-polnischen Aussöhnung ist.

(-/6.3.1990/rs/ks)

* * *

DDR-TV in der Bundesrepublik flächendeckend anbieten

Zu einem dringenden medienpolitischen Erfordernis im deutschen Einheitsprozeß

Von Reinhold Hiller MdB

Mitglied des Bundestags-Ausschusses für innerdeutsche Beziehungen

Während seiner jahrelangen Bemühungen um einen flächendeckenden Empfang des DDR-Fernsehens wurden immer wieder viele Zusagen gemacht, die bis heute nicht eingehalten wurden. Die veränderte Situation in der DDR hat bei der Bundesregierung offensichtlich bis heute nicht zu einem Umdenkungsprozeß geführt. Dabei ist es gerade jetzt besonders wichtig, allen Bürgern unseres Landes die Möglichkeit zu geben, aus erster Hand Informationen aus der DDR zu erhalten; vorausgesetzt man nimmt den Medienpluralismus wirklich ernst.

Bei den privaten Sendern konnte es der CDU/CSU/FDP-Koalition nicht schnell genug gehen. Innerhalb kürzester Zeit gab es weder technische noch medienpolitische, rundfunkrechtliche, finanzielle oder urheber- und leistungsschutzrechtliche Probleme. In Nordrhein-Westfalen und Hamburg zum Beispiel hat RTL eine Sendefrequenz zugewiesen bekommen und ist wie die öffentlich-rechtlichen Sender über normale Antennen zu empfangen.

Statt schnellern Handeln hat der Bundespostminister in seinem neuesten Schreiben aber genau diese „Probleme“ angeführt. Der in der Bundesrepublik übliche Weg für den Empfang herangeführter Programme über Satelliten sei derzeit für die DDR-Programme nicht möglich, da sie zur Zeit nicht über Satelliten abgestrahlt werden. Ein Richtfunk- oder ein spezielles Kabelnetz zur Heranführung der DDR-Programme sei zu kostenintensiv.

Was hindert aber nun den „Bundes-telekommunikations-minister“ daran, die DDR-Programme an der innerdeutschen Grenze oder am besten in Berlin in Empfang zu nehmen und über bundesdeutsche Fernmeldesatelliten in der Bundesrepublik auszustrahlen? Auch dafür hat er, neben vermeintlichen finanziellen Bedenken, es sich leicht gemacht mit der Begründung seiner Untätigkeit: Seine „Telekom“ sei dann dazu in der Lage, wenn entsprechende Vereinbarungen mit den Programmveranstaltern getroffen wurden. „Diese Vereinbarungen regeln sowohl finanzielle Aspekte (daher weht der Wind) ... vor allem aber auch die Problematik der Urheber- und Leistungsschutzrechte.“

Zum einen redet der Minister von der flächendeckenden Ausstrahlung des DDR-Fernsehens wie von Übertragungsrechten an einem Tennisturnier und nicht vom Programm des anderen deutschen Staates. Zum anderen: Hat sich die Bundesrepublik all die Jahre vorher in umgekehrter Richtung für diese „Problematik“ interessiert? Was hindert den Herrn Telekom-Minister mit seinem Kollegen zu einer Vereinbarung zu kommen? Zeit genug hatte er in den letzten sechs Jahren, in denen über die Ausstrahlung des DDR-Fernsehens in der Bundesrepublik diskutiert wird.

Immerhin hat auch der Minister inzwischen einen Wunsch der bundesdeutschen Bevölkerung erkannt, „die Geschehnisse in der DDR auch über die elektronischen Medien der DDR intensiver mitverfolgen zu können“. Aber „tätig“ wurde er bisher nur dort, wo das DDR-Fernsehen aufgrund der geografischen Lage sowieso schon mit normalen Antennen zu empfangen ist. Dabei frönte er wohl eher seiner Breitbandverkabel-Leidenschaft, denn daß er dem Drängen der BRD-Bürger nach Information nachgegeben hätte.

Handeln ist jetzt gefragt! - Oder will die Regierung auch hier auf einen „Anschluß“ warten?

(-/6.3.1990/rs/ks)

* * *

Sind wir noch zu retten?

Zur Weigerung der CSU und der bayerischen Staatsregierung, wirksame Maßnahmen zum Schutz der Umwelt zu ergreifen

Von Hans Kolo MdL
Umweltpolitischer Sprecher der bayerischen SPD-Landtagsfraktion

Sicher, die jüngsten schweren Unwetter waren keine Jahrhundertstürme, aber in ihrer auffälligen Konzentration, mit den stark schwankenden Temperaturen zeigen sie doch: Die Klimakatastrophe hat bereits begonnen.

CSU und die bayerische Staatsregierung suchen die Schuld bei anderen - bei den Brasilianern, die ihre Regenwälder abholzen, bei den anderen europäischen Staaten, die oft nicht ins gemeinsame Umweltschutz-Boot wollen. Daß CSU und Staatsregierung ihre Möglichkeiten nicht genutzt haben, darüber täuschen sie hinweg. Wenn sich die bayerische Staatsregierung als Weltmeister im Umweltschutz geriert, lügt sie sich selbst in die Tasche.

Besonders schlimm ist der ökologie-feindliche Ansatz der Staatsregierung, die erst dann einschreiten will, wenn vermutete Ursachen für die Klimastörungen definitiv als solche nachgewiesen sind. Alle Produkte, alle Verfahren, alle Verhaltensweisen müssen daraufhin überprüft werden, ob sie als Mitverursacher der Klimakatastrophe in Frage kommen, anstatt erst einen Persilschein auszustellen und später auf die Gefährlichkeit zu kommen. Gerade beim „Waldsterben“ haben CSU und bayerische Staatsregierung Ihre Untätigkeit jahrelang damit gerechtfertigt, daß die Ursachen bis ins Detail noch nicht nachgewiesen seien.

Sicher, internationale Maßnahmen und Absprachen zum Schutz der Atmosphäre sind zwingend erforderlich. Aber damit allein ist das Verfassungsgebot zum Schutz von Natur und Umwelt noch längst nicht erfüllt. Bayern muß seinen Beitrag leisten. Es gibt vier wesentliche Ansatzpunkte:

- o Tempolimit und Förderung des öffentlichen Verkehrs: Geschwindigkeitsbegrenzungen vermindern die Luftschadstoffe. Im Individualverkehr ist der Energieverbrauch und damit auch der Schadstoffausstoß drei- bis siebenmal so hoch wie im öffentlichen Verkehr. Trotzdem hat die bayerische Staatsregierung bislang kaum Anstrengungen unternommen, um dem Bürger die Wahlfreiheit zwischen Auto und Bahn beziehungsweise Bus zu geben. Im Gegenteil - eine Bundesbahn-Politik des Rückzugs aus der Fläche unter Mitwirkung der bayerischen Staatsregierung und europaweite Spitzen-Fahrpreise im öffentlichen Verkehr drängen immer mehr Bürger von ökologischem Verhalten ab, verhindern im ländlichen Raum sogar ein umweltbewußtes Verhalten.

- o **Energiepolitik mit Einsparung und optimierter Nutzung:** eine Neuordnung der Energiepolitik, die vom Wachstumsdenken Abschied nimmt und weniger Energieverbrauch zum Ziel hat, schont nicht nur wertvolle Ressourcen, sondern auch die Atmosphäre. Die Alternativen sind nicht Kernenergie und Kohle, sondern der gleichmäßige Ausstieg aus beiden problembeladenen Energieträgern zu Gunsten von Energieeinsparung und optimierter Energienutzung. Die bayerische Staatsregierung hat sich - mit wenigen Ausnahmen - neuen Aufgabenstellungen wie Wärmedämmung, Kraft-Wärme, Koppelung, Abwärmenutzung, aber auch Einsatz erneuerbarer Energiequellen und besserer Energieausnutzung bei Herstellung, Transport und Verbrauch bislang weitgehend verweigert.
- o **Schluß mit der Kernenergie:** die Nutzung der Atomkraft wird von der CSU als Rettung vor der Klimakatastrophe angesehen. Es mehren sich aber die Hinweise, daß Radioaktivität in der Atmosphäre Reaktionen auslösen kann, die zu einer Katastrophe führen können beziehungsweise als Katalysator für klimabedrohende Entwicklungen dienen könnten. Wenn diese Zusammenhänge mit letzter wissenschaftlicher Genauigkeit nachgewiesen sind, könnte es zu spät sein. CDU und bayerische Staatsregierung täten gut daran, ihre ideologischen Scheuklappen zu verlieren und ein gesundes Mißtrauen gegen diese Technologie zu entwickeln - auch in diesem Bereich.
- o **Verbot von atmosphäreschädigenden Stoffen:** daß Fluorchlorkohlenwasserstoffe das Ozonloch fördern, ist seit längerem bekannt. Doch die Staatsregierung vertraut auf die Einsicht der Industrie. Eine ganze Reihe weiterer chemischer Substanzen steht in schwerem Verdacht, doch CSU und Staatsregierung halten sie solange für unschädlich, bis das Gegenteil nachgewiesen ist, anstatt sofort die Forschung und Entwicklung von Ersatzstoffen und -verfahren zu fördern.

Die Klimakatastrophe ist bei uns ein gut Teil hausgemacht. Die Diskussion kann deshalb nicht lauten, welchen noch so geringfügigen Beitrag Bayern zur Zerstörung der Atmosphäre liefert, sondern, wie dieser Beitrag zurückgeschraubt werden kann. Dies muß jetzt gemeinsame Aufgabe von Parlament und Staatsregierung werden. Selber handeln und nicht auf andere schiefen, die ebenso wenig machen - dies muß Wegweiser für jeden sein, der die Bayerische Verfassung ernst nimmt.

(-/6.3.1990/rs/ks)

DOKUMENTATION

In der Solidarität mit Nicaragua nicht nachlassen

Der Aktionskreis Nord/Süd des SPD-Landesverbandes Berlin hat eine Resolution zu Nicaragua verabschiedet, die wir im Wortlaut veröffentlichen.

Am 25. Februar 1990 haben die Sandinisten in den von ihnen durchgeführten freien Wahlen die Rechnung für einen Krieg bezahlt, der ihnen aufgezwungen worden war, für eine wirtschaftliche Lage, die in weiten Teilen Folge eben dieses Krieges und des von den USA verhängten Wirtschaftsembargos war. Wir haben nicht das Recht der Bevölkerung ein Wahlergebnis vorzuwerfen, denn sie sah keinen anderen Weg, um vor Zerstörung und Elend zu fliehen.

Wir wollen aber nicht vergessen, daß es die Sandinisten waren, die in Nicaragua die Demokratie errichteten. Wir wollen darauf hinweisen, daß diejenigen, die nun die Früchte dieser Demokratie ernten und die Regierungsmacht übernehmen, über Verbindungen verfügen zu Kräften, die das Land in den vergangenen zehn Jahren mit Tod und Verwüstung überzogen haben. Wir müssen verhindern, daß es diesen Kräften gelingt, die Errungenschaften der Revolution in Nicaragua zunichte zu machen.

Die Entwicklung hin zu einer fortschrittlichen Demokratie in Nicaragua darf und wird mit diesen Wahlen nicht zu Ende sein. Der aus den unterschiedlichsten Parteien zusammengewürfelte Flickenteppich des mit Dollar Millionen aufgeblähten UNO-Wahlbündnisses muß erst noch halten, was er im Wahlkampf versprochen hat. Die Sandinisten bleiben stärkste Macht im Lande und haben alle Chancen, als Garanten eines sozialen und demokratischen Entwicklungsprozesses die Regierungsmacht durch Wählervotum wieder zurückzuerlangen. Voraussetzung ist, daß sie die demokratischen Spielregeln weiter einhalten und sich nicht zu Verzweiflungstaten hinreißen lassen.

Voraussetzung ist auch, daß unsere Solidarität mit Nicaragua nicht nachläßt. Der Aktionskreis Nord/Süd der SPD, Landesverband Berlin, fordert die Solidaritätsbewegung auf, Nicaragua nun nicht im Stich zu lassen. Wir fordern dazu auf, die Anstrengungen im Gegenteil zu erhöhen und zusammenzuarbeiten mit dem nicaraguanischen Volk, den Gewerkschaften, den Landgenossenschaften, den Basisgruppen und allen progressiven Kräften, um die zahlreichen sozialen und basisdemokratischen Errungenschaften der Revolution zu verteidigen. Nicaragua kann eine Hoffnung für Lateinamerika bleiben, wenn wir mit Geduld und Zähigkeit daran weiterarbeiten, zusammen mit den progressiven Kräften des nicaraguanischen Volkes.

Für den Aktionskreis Nord/Süd: Dagmar Luuk MdB, Mitglied im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bundestag.

(-/6.3.1990/rs/ks)